

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen vom 15. Dezember 1997 zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge

A. Problem und Ziel

Terroristische Bombenanschläge haben in letzter Zeit sowohl in Anzahl als auch im Ausmaße deutlich zugenommen. Sie sind zu einer Bedrohung der zivilisierten Welt geworden und haben bereits unzähligen Unschuldigen das Leben gekostet.

Eine verstärkte Bekämpfung dieser kriminellen Erscheinungsform erscheint daher geboten. Diese kann wirksam nur durch international abgestimmte Maßnahmen für den Bereich der Strafverfolgung geschehen.

B. Lösung

Das Gesetz schafft die Voraussetzung für die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge. Das Übereinkommen, welches am 15. Dezember 1997 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, soll die weltweite strafrechtliche Verfolgung von terroristischen Gewaltakten in Form von Bombenanschlägen sicherstellen und damit mögliche Täter von der Begehung derartiger Handlungen abschrecken. Es verpflichtet die Vertragsstaaten

- den enthaltenen deliktischen Tatbestand des terroristischen Bombenanschlags unter bestimmten Voraussetzungen als Straftat einzustufen und mit Strafe zu bedrohen;
- unter bestimmten Voraussetzungen seine Gerichtsbarkeit über diese Straftaten zu begründen;
- gegen Täter solcher Straftaten ausnahmslos die Strafverfolgung einzuleiten, soweit nicht Auslieferung an einen anderen Staat erfolgt;
- terroristische Bombenanschläge als auslieferungsfähige Delikte anzuerkennen.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Keine

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 3. Juni 2002

Herrn
Wolfgang Thierse
Präsident des
Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen vom
15. Dezember 1997 zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Justiz.

Der Bundesrat hat in seiner 776. Sitzung am 31. Mai 2002 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Internationalen Übereinkommen vom 15. Dezember 1997
zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 15. Dezember 1997 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen, von der Bundesrepublik Deutschland am 26. Januar 1998 unterzeichneten Internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 22 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Nach Inkrafttreten des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland kann es zu einem geringfügig höheren Eingang ausländischer Rechtshilfersuchen kommen. Dadurch entstehender Mehraufwand wird jedoch mit den vorhandenen Kräften erledigt werden können.

Internationales Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge

International Convention for the Suppression of Terrorist Bombings

Convention internationale pour la répression des attentats terroristes à l'explosif

(Übersetzung)

The States Parties to this Convention,

Having in mind the purposes and principles of the Charter of the United Nations concerning the maintenance of international peace and security and the promotion of good-neighbourliness and friendly relations and cooperation among States,

Deeply concerned about the worldwide escalation of acts of terrorism in all its forms and manifestations,

Recalling the Declaration on the Occasion of the Fiftieth Anniversary of the United Nations of 24 October 1995,

Recalling also the Declaration on Measures to Eliminate International Terrorism, annexed to General Assembly resolution 49/60 of 9 December 1994, in which, inter alia, "the States Members of the United Nations solemnly reaffirm their unequivocal condemnation of all acts, methods and practices of terrorism as criminal and unjustifiable, wherever and by whomever committed, including those which jeopardize the friendly relations among States and peoples and threaten the territorial integrity and security of States",

Noting that the Declaration also encouraged States "to review urgently the scope of the existing international legal provisions on the prevention, repression and elimination of terrorism in all its forms and manifestations, with the aim of ensuring that there is a comprehensive legal framework covering all aspects of the matter",

Les États Parties à la présente Convention,

Ayant présents à l'esprit les buts et principes de la Charte des Nations Unies concernant le maintien de la paix et de la sécurité internationales et le développement des relations de bon voisinage, d'amitié et de coopération entre les États,

Profondément préoccupés par la multiplication, dans le monde entier, des actes de terrorisme sous toutes ses formes et manifestations,

Rappelant la Déclaration du cinquantième anniversaire de l'Organisation des Nations Unies, en date du 24 octobre 1995,

Rappelant également la Déclaration sur les mesures visant à éliminer le terrorisme international, annexée à la résolution 49/60 que l'Assemblée générale des Nations Unies a adoptée le 9 décembre 1994, dans laquelle, les «États Membres de l'Organisation des Nations Unies réaffirment solennellement leur condamnation catégorique, comme criminels et injustifiables, de tous les actes, méthodes et pratiques terroristes, où qu'ils se produisent et quels qu'en soient les auteurs, notamment ceux qui compromettent les relations amicales entre les États et les peuples et menacent l'intégrité territoriale et la sécurité des États»,

Notant que la Déclaration invite par ailleurs les États «à examiner d'urgence la portée des dispositions juridiques internationales en vigueur qui concernent la prévention, la répression et l'élimination du terrorisme sous toutes ses formes et manifestations, afin de s'assurer qu'il existe un cadre juridique général couvrant tous les aspects de la question»,

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

in Anbetracht der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen betreffend die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie die Förderung guter Nachbarschaft, freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten;

tief besorgt über die weltweite Eskalation terroristischer Handlungen aller Art;

unter Hinweis auf die Erklärung vom 24. Oktober 1995 zum fünfzigsten Jahrestag der Vereinten Nationen;

sowie unter Hinweis auf die Erklärung über Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus, die der Resolution 49/60 der Generalversammlung vom 9. Dezember 1994 als Anlage beigefügt ist und in der die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen unter anderem erneut feierlich erklären, daß sie alle terroristischen Handlungen, Methoden und Praktiken, gleichviel wo und von wem sie ausgeführt werden, einschließlich derjenigen, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern gefährden und die territoriale Unversehrtheit und die Sicherheit der Staaten bedrohen, entschieden als verbrecherisch und nicht zu rechtfertigen verurteilen;

im Hinblick darauf, daß die Staaten in der Erklärung auch aufgefordert werden, den Anwendungsbereich der bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen über die Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung aller Arten und Erscheinungsformen des Terrorismus umgehend zu überprüfen, um sich zu vergewissern, daß es einen umfassenden rechtlichen Rahmen gibt, der alle Aspekte der Frage erfaßt;

Recalling General Assembly resolution 51/210 of 17 December 1996 and the Declaration on Supplement to the 1994 Declaration on Measures to Eliminate International Terrorism annexed thereto,

Noting that terrorist attacks by means of explosives or other lethal devices have become increasingly widespread,

Noting also that existing multilateral legal provisions do not adequately address these attacks,

Being convinced of the urgent need to enhance international cooperation between States in devising and adopting effective and practical measures for the prevention of such acts of terrorism and for the prosecution and punishment of their perpetrators,

Considering that the occurrence of such acts is a matter of grave concern to the international community as a whole,

Noting that the activities of military forces of States are governed by rules of international law outside the framework of this Convention and that the exclusion of certain actions from the coverage of this Convention does not condone or make lawful otherwise unlawful acts, or preclude prosecution under other laws,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Convention:

1. "State or government facility" includes any permanent or temporary facility or conveyance that is used or occupied by representatives of a State, members of Government, the legislature or the judiciary or by officials or employees of a State or any other public authority or entity or by employees or officials of an intergovernmental organization in connection with their official duties.
2. "Infrastructure facility" means any publicly or privately owned facility providing or distributing services for the benefit of the public, such as water, sewage, energy, fuel or communications.

Rappelant en outre la résolution 51/210 du 17 décembre 1996 et la Déclaration complétant la Déclaration de 1994 sur les mesures visant à éliminer le terrorisme international qui y est annexée,

Notant également que les attentats terroristes perpétrés au moyen d'engins explosifs ou d'autres engins meurtriers sont de plus en plus courants,

Notant en outre que les instruments juridiques multilatéraux existants ne traitent pas de manière adéquate de ce type d'attentat,

Convaincus de la nécessité urgente de développer une coopération internationale entre les États pour l'élaboration et l'adoption de mesures efficaces destinées à prévenir ce type d'actes terroristes et à en poursuivre et punir les auteurs,

Considérant que ces attentats sont un sujet de vive préoccupation pour la communauté internationale tout entière,

Notant que les activités des forces armées des États sont régies par des règles de droit international qui se situent hors du cadre de la présente Convention et que l'exclusion de certains actes du champ d'application de la Convention n'exécuse ni ne rend licites des actes par ailleurs illicites et n'empêche pas davantage l'exercice de poursuites sous l'empire d'autres lois,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Aux fins de la présente Convention:

1. «Installation gouvernementale ou publique» s'entend de tout équipement ou de tout moyen de transport de caractère permanent ou temporaire qui est utilisé ou occupé par des représentants d'un État, des membres du gouvernement, du parlement ou de la magistrature, ou des agents ou personnels d'un État ou de toute autre autorité ou entité publique, ou par des agents ou personnels d'une organisation intergouvernementale, dans le cadre de leurs fonctions officielles.
2. «Infrastructure» s'entend de tout équipement public ou privé fournissant des services d'utilité publique, tels l'adduction d'eau, l'évacuation des eaux usées, l'énergie, le combustible ou les communications.

unter Hinweis auf die Resolution 51/210 der Generalversammlung vom 17. Dezember 1996 und die Erklärung zur Ergänzung der Erklärung von 1994 über Maßnahmen zur Beseitigung des internationalen Terrorismus, die dieser als Anlage beigefügt ist;

ferner im Hinblick darauf, daß terroristische Anschläge mit Sprengsätzen oder anderen tödlichen Vorrichtungen immer häufiger geworden sind;

sowie im Hinblick darauf, daß die bestehenden mehrseitigen Übereinkünfte diese Anschläge nicht angemessen behandeln;

in der Überzeugung, daß es dringend notwendig ist, die internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Ausarbeitung und Annahme wirksamer und durchführbarer Maßnahmen zur Verhütung dieser terroristischen Handlungen und zur Verfolgung und Bestrafung der Urheber zu verstärken;

in der Erwägung, daß solche Handlungen der Völkergemeinschaft insgesamt Anlaß zu ernster Besorgnis geben;

unter Hinweis darauf, daß die Tätigkeiten der Streitkräfte der Staaten durch Regeln des Völkerrechts erfaßt werden, die außerhalb des Rahmens dieses Übereinkommens liegen, und daß das Ausnehmen bestimmter Handlungen vom Geltungsbereich des Übereinkommens nicht bedeutet, daß ansonsten rechtswidrige Handlungen entschuldigt oder rechtmäßig werden oder daß die Verfolgung nach anderen Gesetzen verhindert wird –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. umfaßt der Ausdruck „staatliche oder öffentliche Einrichtung“ alle ständigen oder nichtständigen Einrichtungen und Beförderungsmittel, die von Vertretern eines Staates, von Mitgliedern der Regierung, des Parlaments oder der Justiz, von Beamten oder sonstigen Bediensteten eines Staates oder eines sonstigen Trägers öffentlicher Gewalt oder öffentlichen Rechtsträgers oder von Beamten oder sonstigen Bediensteten einer zwischenstaatlichen Organisation im Zusammenhang mit ihren amtlichen Aufgaben benutzt werden oder in denen sich diese im Zusammenhang mit ihren amtlichen Aufgaben befinden;
2. bedeutet „Versorgungseinrichtung“ öffentliche oder privatwirtschaftliche Einrichtungen, die Dienstleistungen für die Öffentlichkeit wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Energie- und Brennstoffversorgung oder Kommunikationsdienste bereitstellen;

- | | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>3. “Explosive or other lethal device” means:</p> <p>(a) An explosive or incendiary weapon or device that is designed, or has the capability, to cause death, serious bodily injury or substantial material damage; or</p> <p>(b) A weapon or device that is designed, or has the capability, to cause death, serious bodily injury or substantial material damage through the release, dissemination or impact of toxic chemicals, biological agents or toxins or similar substances or radiation or radioactive material.</p> | <p>3. «Engin explosif ou autre engin meurtrier» s’entend:</p> <p>a) De toute arme ou de tout engin explosif ou incendiaire qui est conçu pour provoquer la mort, des dommages corporels graves ou d’importants dégâts matériels, ou qui en a la capacité; ou</p> <p>b) De toute arme ou de tout engin qui est conçu pour provoquer la mort, des dommages corporels graves ou d’importants dégâts matériels, ou qui en a la capacité, par l’émission, la dissémination ou l’impact de produits chimiques toxiques, d’agents biologiques, toxines ou substances analogues ou de rayonnements ou de matières radioactives.</p> | <p>3. bedeutet „Sprengsatz oder andere tödliche Vorrichtung“</p> <p>a) Waffen oder Vorrichtungen, bei denen Spreng- oder Brandmittel verwendet werden und die dazu entworfen sind, den Tod, schwere Körperverletzungen oder großen Sachschaden zu verursachen, oder diese verursachen können, oder</p> <p>b) Waffen oder Vorrichtungen, die dazu entworfen sind, den Tod, schwere Körperverletzungen oder großen Sachschaden zu verursachen, oder diese verursachen können, indem toxische Chemikalien, biologische Kampfstoffe, Toxine oder ähnliche Stoffe oder Strahlung oder radioaktive Stoffe freigesetzt, verbreitet oder zur Wirkung gebracht werden;</p> |
| <p>4. “Military forces of a State” means the armed forces of a State which are organized, trained and equipped under its internal law for the primary purpose of national defence or security and persons acting in support of those armed forces who are under their formal command, control and responsibility.</p> | <p>4. «Forces armées d’un État» s’entend des forces qu’un État organise, entraîne et équipe conformément à son droit interne essentiellement aux fins de la défense nationale ou de la sécurité nationale, ainsi que des personnes qui agissent à l’appui des dites forces armées et qui sont placées officiellement sous leur commandement, leur autorité et leur responsabilité.</p> | <p>4. bedeutet „Streitkräfte eines Staates“ die Streitkräfte eines Staates, die nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts hauptsächlich für die nationale Verteidigung oder Sicherheit organisiert, ausgebildet und ausgerüstet sind, sowie Personen, die diese Streitkräfte unterstützen und deren Befehlsgewalt, Aufsicht und Verantwortung förmlich unterstellt sind;</p> |
| <p>5. “Place of public use” means those parts of any building, land, street, waterway or other location that are accessible or open to members of the public, whether continuously, periodically or occasionally, and encompasses any commercial, business, cultural, historical, educational, religious, governmental, entertainment, recreational or similar place that is so accessible or open to the public.</p> | <p>5. «Lieu public» s’entend des parties de tout bâtiment, terrain, voie publique, cours d’eau, et autre endroit qui sont accessibles ou ouvertes au public, de façon continue, périodique ou occasionnelle, et comprend tout lieu à usage commercial, culturel, historique, éducatif, religieux, officiel, ludique, récréatif ou autre qui est ainsi accessible ou ouvert au public.</p> | <p>5. bedeutet „öffentlicher Ort“ die Teile eines Gebäudes, eines Geländes, einer Straße, einer Wasserstraße oder einer sonstigen Örtlichkeit, die der Öffentlichkeit ständig, zu bestimmten Zeiten oder gelegentlich zugänglich sind oder offenstehen, und umfaßt alle für Gewerbe, Kultur, geschichtliche Zwecke, Bildung, religiöse Zwecke, amtliche Zwecke, Unterhaltung oder Erholung genutzten oder sonstigen Örtlichkeiten, die in gleicher Weise der Öffentlichkeit zugänglich sind oder offenstehen;</p> |
| <p>6. “Public transportation system” means all facilities, conveyances and instrumentalities, whether publicly or privately owned, that are used in or for publicly available services for the transportation of persons or cargo.</p> | <p>6. «Système de transport public» s’entend de tous les équipements, véhicules et moyens, publics ou privés, qui sont utilisés dans le cadre de services de transport de personnes ou de marchandises accessibles au public.</p> | <p>6. bedeutet „öffentliches Verkehrssystem“ alle öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Einrichtungen, Beförderungsmittel und sonstigen Mittel, die im Rahmen öffentlich zugänglicher Dienstleistungen zur Beförderung von Personen oder Gütern eingesetzt werden.</p> |

Article 2

1. Any person commits an offence within the meaning of this Convention if that person unlawfully and intentionally delivers, places, discharges or detonates an explosive or other lethal device in, into or against a place of public use, a State or government facility, a public transportation system or an infrastructure facility:

- (a) With the intent to cause death or serious bodily injury; or

Article 2

1. Commet une infraction au sens de la présente Convention toute personne qui illicitement et intentionnellement livre, pose, ou fait exploser ou détonner un engin explosif ou autre engin meurtrier dans ou contre un lieu public, une installation gouvernementale ou une autre installation publique, un système de transport public ou une infrastructure:

- a) Dans l’intention de provoquer la mort ou des dommages corporels graves; ou

Artikel 2

(1) Eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens begeht, wer widerrechtlich und vorsätzlich einen Sprengsatz oder eine andere tödliche Vorrichtung zu einem öffentlichen Ort, einer staatlichen oder öffentlichen Einrichtung, einem öffentlichen Verkehrssystem oder einer Versorgungseinrichtung befördert oder dort beziehungsweise gegen einen solchen Ort, eine solche Einrichtung oder ein solches System in Anschlag bringt, auslöst oder zur Explosion bringt

- a) und beabsichtigt, den Tod oder schwere Körperverletzungen zu verursachen, oder

- (b) With the intent to cause extensive destruction of such a place, facility or system, where such destruction results in or is likely to result in major economic loss.
2. Any person also commits an offence if that person attempts to commit an offence as set forth in paragraph 1 of the present article.
3. Any person also commits an offence if that person:
- (a) Participates as an accomplice in an offence as set forth in paragraph 1 or 2 of the present article; or
- (b) Organizes or directs others to commit an offence as set forth in paragraph 1 or 2 of the present article; or
- (c) In any other way contributes to the commission of one or more offences as set forth in paragraph 1 or 2 of the present article by a group of persons acting with a common purpose; such contribution shall be intentional and either be made with the aim of furthering the general criminal activity or purpose of the group or be made in the knowledge of the intention of the group to commit the offence or offences concerned.
- b) Dans l'intention de causer des destructions massives de ce lieu, cette installation, ce système ou cette infrastructure, lorsque ces destructions entraînent ou risquent d'entraîner des pertes économiques considérables.
2. Commet également une infraction quiconque tente de commettre une infraction au sens du paragraphe 1.
3. Commet également une infraction quiconque:
- a) Se rend complice d'une infraction au sens des paragraphes 1 ou 2;
- b) Organise la commission d'une infraction au sens des paragraphes 1 ou 2 ou donne l'ordre à d'autres personnes de la commettre;
- c) Contribue de toute autre manière à la commission de l'une ou plusieurs des infractions visées aux paragraphes 1 ou 2 par un groupe de personnes agissant de concert; sa contribution doit être délibérée et faite soit pour faciliter l'activité criminelle générale du groupe ou en servir les buts, soit en pleine connaissance de l'intention du groupe de commettre l'infraction ou les infractions visées.
- b) beabsichtigt, eine weitgehende Zerstörung des Ortes, der Einrichtung oder des Systems zu verursachen, sofern diese Zerstörung zu erheblichem wirtschaftlichen Schaden führt oder führen kann.
- (2) Eine Straftat begeht auch, wer versucht, eine in Absatz 1 genannte Straftat zu begehen.
- (3) Eine Straftat begeht ferner, wer
- a) als Mittäter oder Gehilfe an einer in Absatz 1 oder 2 genannten Straftat teilnimmt,
- b) eine in Absatz 1 oder 2 genannte Straftat organisiert oder andere Personen anweist, eine solche Straftat zu begehen, oder
- c) auf andere Weise zur Begehung einer oder mehrerer der in Absatz 1 oder 2 genannten Straftaten durch eine Gruppe von mit einem gemeinsamen Ziel handelnden Personen beiträgt; ein derartiger Beitrag muß vorsätzlich sein und entweder zu dem Zweck, die allgemeine kriminelle Tätigkeit oder das Ziel der Gruppe zu fördern, oder in Kenntnis des Vorsatzes der Gruppe, die betreffende Straftat oder die betreffenden Straftaten zu begehen, geleistet werden.

Article 3

This Convention shall not apply where the offence is committed within a single State, the alleged offender and the victims are nationals of that State, the alleged offender is found in the territory of that State and no other State has a basis under article 6, paragraph 1 or paragraph 2, of this Convention to exercise jurisdiction, except that the provisions of articles 10 to 15 shall, as appropriate, apply in those cases.

Article 3

La présente Convention ne s'applique pas lorsque l'infraction est commise à l'intérieur d'un seul État, que l'auteur présumé et les victimes de l'infraction sont des nationaux de cet État, que l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur le territoire de cet État, et qu'aucun autre État n'a de raison, en vertu du paragraphe 1 ou du paragraphe 2 de l'article 6 de la présente Convention, d'établir sa compétence étant entendu que les dispositions des articles 10 à 15, selon qu'il convient, s'appliquent en pareil cas.

Artikel 3

Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung, wenn die Straftat innerhalb eines einzigen Staates begangen wird, der Verdächtige und die Opfer Angehörige dieses Staates sind, der Verdächtige im Hoheitsgebiet dieses Staates aufgefunden wird und kein anderer Staat nach Artikel 6 Absatz 1 oder 2 seine Gerichtsbarkeit begründen kann, mit der Maßgabe, daß in solchen Fällen die jeweils zutreffenden Bestimmungen der Artikel 10 bis 15 Anwendung finden.

Article 4

Each State Party shall adopt such measures as may be necessary:

- (a) To establish as criminal offences under its domestic law the offences set forth in article 2 of this Convention;
- (b) To make those offences punishable by appropriate penalties which take into account the grave nature of those offences.

Article 4

Chaque État Partie prend les mesures qui peuvent être nécessaires pour:

- a) Qualifier d'infraction pénale au regard de son droit interne les infractions visées à l'article 2 de la présente Convention;
- b) Réprimer lesdites infractions par des peines prenant dûment en compte leur gravité.

Artikel 4

Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen,

- a) um die in Artikel 2 genannten Straftaten nach innerstaatlichem Recht als Straftaten einzustufen;
- b) um diese Straftaten mit angemessenen Strafen zu bedrohen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

Article 5

Each State Party shall adopt such measures as may be necessary, including, where appropriate, domestic legislation, to ensure that criminal acts within the scope of this Convention, in particular where they are intended or calculated to provoke a state of terror in the general public or in a

Article 5

Chaque État Partie adopte les mesures qui peuvent être nécessaires, y compris, s'il y a lieu, une législation interne, pour assurer que les actes criminels relevant de la présente Convention, en particulier ceux qui sont conçus ou calculés pour provoquer la terreur dans la population, un

Artikel 5

Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen einschließlich, wenn dies zweckmäßig ist, Maßnahmen der innerstaatlichen Gesetzgebung, um sicherzustellen, daß Straftaten, im Sinne dieses Übereinkommens, insbesondere wenn beabsichtigt oder geplant ist, damit die ganze

group of persons or particular persons, are under no circumstances justifiable by considerations of a political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious or other similar nature and are punished by penalties consistent with their grave nature.

Article 6

1. Each State Party shall take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in article 2 when:

- (a) The offence is committed in the territory of that State; or
- (b) The offence is committed on board a vessel flying the flag of that State or an aircraft which is registered under the laws of that State at the time the offence is committed; or
- (c) The offence is committed by a national of that State.

2. A State Party may also establish its jurisdiction over any such offence when:

- (a) The offence is committed against a national of that State; or
- (b) The offence is committed against a State or government facility of that State abroad, including an embassy or other diplomatic or consular premises of that State; or
- (c) The offence is committed by a stateless person who has his or her habitual residence in the territory of that State; or
- (d) The offence is committed in an attempt to compel that State to do or abstain from doing any act; or
- (e) The offence is committed on board an aircraft which is operated by the Government of that State.

3. Upon ratifying, accepting, approving or acceding to this Convention, each State Party shall notify the Secretary-General of the United Nations of the jurisdiction it has established under its domestic law in accordance with paragraph 2 of the present article. Should any change take place, the State Party concerned shall immediately notify the Secretary-General.

4. Each State Party shall likewise take such measures as may be necessary to establish its jurisdiction over the offences set forth in article 2 in cases where the alleged offender is present in its territory and it does not extradite that person to any of the States Parties which have established their jurisdiction in accordance with paragraph 1 or 2 of the present article.

groupe de personnes ou chez des individus ne puissent en aucune circonstance être justifiés par des considérations de nature politique, philosophique, idéologique, raciale, ethnique, religieuse ou d'autres motifs analogues, et qu'ils soient passibles de peines à la mesure de leur gravité.

Article 6

1. Chaque État Partie adopte les mesures qui peuvent être nécessaires pour établir sa compétence en ce qui concerne les infractions visées à l'article 2 lorsque:

- a) L'infraction a été commise sur son territoire;
- b) L'infraction a été commise à bord d'un navire battant son pavillon ou d'un aéronef immatriculé conformément à sa législation au moment où l'infraction a été commise;
- c) L'infraction a été commise par l'un de ses ressortissants.

2. Chaque État Partie peut également établir sa compétence sur de telles infractions lorsque:

- a) L'infraction est commise contre l'un de ses ressortissants;
- b) L'infraction est commise contre une installation publique dudit État située en dehors de son territoire, y compris une ambassade ou des locaux diplomatiques ou consulaires dudit État;
- c) L'infraction est commise par un apatride qui a sa résidence habituelle sur son territoire;
- d) L'infraction est commise avec pour objectif de contraindre ledit État à accomplir un acte quelconque ou à s'en abstenir;
- e) L'infraction est commise à bord d'un aéronef exploité par le gouvernement dudit État.

3. Lors de la ratification, de l'acceptation ou de l'approbation de la présente Convention ou de l'adhésion à celle-ci, chaque État Partie informe le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies de la compétence qu'il a établie en vertu de sa législation interne conformément au paragraphe 2. En cas de modification, l'État Partie concerné en informe immédiatement le Secrétaire général.

4. Chaque État Partie adopte également les mesures qui peuvent être nécessaires pour établir sa compétence en ce qui concerne les infractions visées à l'article 2 dans les cas où l'auteur présumé de l'infraction se trouve sur son territoire et où il ne l'extrade pas vers l'un quelconque des États Parties qui ont établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2.

Bevölkerung, eine Gruppe von Personen oder einzelne Personen in Angst und Schrecken zu versetzen, unter keinen Umständen gerechtfertigt werden können, indem politische, philosophische, weltanschauliche, rassische, ethnische, religiöse oder sonstige Erwägungen ähnlicher Art angeführt werden, und daß für solche Straftaten Strafen verhängt werden, die der Schwere der Tat entsprechen.

Artikel 6

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten zu begründen, wenn

- a) die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen wird,
- b) die Straftat an Bord eines Schiffes, das zur Tatzeit die Flagge dieses Staates führt, oder eines Luftfahrzeugs, das zur Tatzeit nach dem Recht dieses Staates eingetragen ist, begangen wird oder
- c) die Straftat von einem Angehörigen dieses Staates begangen wird.

(2) Ein Vertragsstaat kann seine Gerichtsbarkeit über solche Straftaten auch begründen, wenn

- a) die Straftat gegen einen Angehörigen dieses Staates begangen wird,
- b) die Straftat gegen eine staatliche oder öffentliche Einrichtung dieses Staates im Ausland, einschließlich einer Botschaft oder sonstiger diplomatischer oder konsularischer Räumlichkeiten, begangen wird,
- c) wenn die Straftat von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat,
- d) wenn die Straftat mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, oder
- e) wenn die Straftat an Bord eines Luftfahrzeuges begangen wird, das von der Regierung dieses Staates betrieben wird.

(3) Bei der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem notifiziert jeder Vertragsstaat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, für welche Fälle er in Übereinstimmung mit Absatz 2 seine Gerichtsbarkeit nach innerstaatlichem Recht begründet hat. Der betreffende Vertragsstaat notifiziert dem Generalsekretär umgehend etwaige Änderungen.

(4) Jeder Vertragsstaat trifft ferner die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, daß der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen der Vertragsstaaten ausliefert, die in Übereinstimmung mit Absatz 1 oder 2 Gerichtsbarkeit begründet haben.

5. This Convention does not exclude the exercise of any criminal jurisdiction established by a State Party in accordance with its domestic law.

Article 7

1. Upon receiving information that a person who has committed or who is alleged to have committed an offence as set forth in article 2 may be present in its territory, the State Party concerned shall take such measures as may be necessary under its domestic law to investigate the facts contained in the information.

2. Upon being satisfied that the circumstances so warrant, the State Party in whose territory the offender or alleged offender is present shall take the appropriate measures under its domestic law so as to ensure that person's presence for the purpose of prosecution or extradition.

3. Any person regarding whom the measures referred to in paragraph 2 of the present article are being taken shall be entitled to:

- (a) Communicate without delay with the nearest appropriate representative of the State of which that person is a national or which is otherwise entitled to protect that person's rights or, if that person is a stateless person, the State in the territory of which that person habitually resides;
- (b) Be visited by a representative of that State;
- (c) Be informed of that person's rights under subparagraphs (a) and (b).

4. The rights referred to in paragraph 3 of the present article shall be exercised in conformity with the laws and regulations of the State in the territory of which the offender or alleged offender is present, subject to the provision that the said laws and regulations must enable full effect to be given to the purposes for which the rights accorded under paragraph 3 are intended.

5. The provisions of paragraphs 3 and 4 of the present article shall be without prejudice to the right of any State Party having a claim to jurisdiction in accordance with article 6, subparagraph 1 (c) or 2 (c), to invite the International Committee of the Red Cross to communicate with and visit the alleged offender.

6. When a State Party, pursuant to the present article, has taken a person into custody, it shall immediately notify, directly or through the Secretary-General of the United Nations, the States Parties which have established jurisdiction in accordance with article 6, paragraphs 1 and 2, and, if it considers it advisable, any other interested States Parties, of the fact that that person is in custody and of the circumstances which warrant that person's detention. The State which makes the investigation

5. La présente Convention n'exclut l'exercice d'aucune compétence pénale établie par un État Partie conformément à son droit interne.

Article 7

1. Lorsqu'il est informé que l'auteur ou l'auteur présumé d'une infraction visée à l'article 2 pourrait se trouver sur son territoire, l'État Partie concerné prend les mesures qui peuvent être nécessaires conformément à sa législation interne pour enquêter sur les faits portés à sa connaissance.

2. S'il estime que les circonstances le justifient, l'État Partie sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction prend les mesures appropriées en vertu de sa législation interne pour assurer la présence de cette personne aux fins de poursuites ou d'extradition.

3. Toute personne à l'égard de laquelle sont prises les mesures visées au paragraphe 2 du présent article est en droit:

- a) De communiquer sans retard avec le plus proche représentant qualifié de l'État dont elle a la nationalité ou qui est autrement habilité à protéger les droits de ladite personne ou, s'il s'agit d'une personne apatride, de l'État sur le territoire duquel elle a sa résidence habituelle;
- b) De recevoir la visite d'un représentant de cet État;
- c) D'être informée des droits que lui confèrent les alinéas a) et b).

4. Les droits visés au paragraphe 3 s'exercent dans le cadre des lois et règlements de l'État sur le territoire duquel se trouve l'auteur ou l'auteur présumé de l'infraction, étant entendu toutefois que ces lois et règlements doivent permettre la pleine réalisation des fins pour lesquelles les droits sont accordés en vertu du paragraphe 3.

5. Les dispositions des paragraphes 3 et 4 sont sans préjudice du droit de tout État Partie ayant établi sa compétence conformément à l'alinéa c) du paragraphe 1 ou à l'alinéa c) du paragraphe 2 de l'article 6 d'inviter le Comité international de la Croix-Rouge à communiquer avec l'auteur présumé de l'infraction et à lui rendre visite.

6. Lorsqu'un État Partie a placé une personne en détention conformément aux dispositions du présent article, il avise immédiatement de cette détention, ainsi que des circonstances qui la justifient, directement ou par l'intermédiaire du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, les États Parties qui ont établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 6 et, s'il le juge opportun, tous autres États Parties intéressés. L'État qui procède à l'enquête

(5) Dieses Übereinkommen schließt die Ausübung einer Strafgerichtsbarkeit, die von einem Vertragsstaat nach innerstaatlichem Recht begründet ist, nicht aus.

Artikel 7

(1) Ist ein Vertragsstaat unterrichtet worden, daß eine Person, die eine in Artikel 2 genannte Straftat begangen hat oder verdächtigt wird, eine solche begangen zu haben, sich möglicherweise in seinem Hoheitsgebiet befindet, so trifft er die nach innerstaatlichem Recht notwendigen Maßnahmen, um den Sachverhalt, über den er unterrichtet wurde, zu untersuchen.

(2) Hält der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Täter oder Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so trifft er die nach innerstaatlichem Recht notwendigen Maßnahmen, um die Anwesenheit dieser Person für die Zwecke der Verfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen.

(3) Jede Person, gegen welche die in Absatz 2 genannten Maßnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

- a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, oder der anderweitig zum Schutz ihrer Rechte berechtigt ist, oder, wenn sie staatenlos ist, des Staates, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, in Verbindung zu treten;
- b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen;
- c) über ihre Rechte nach den Buchstaben a und b unterrichtet zu werden.

(4) Die in Absatz 3 genannten Rechte werden in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Staates ausgeübt, in dessen Hoheitsgebiet sich der Täter oder Verdächtige befindet, wobei jedoch diese Gesetze und sonstigen Vorschriften die volle Verwirklichung der Zwecke gestatten müssen, für welche die Rechte nach Absatz 3 gewährt werden.

(5) Die Absätze 3 und 4 lassen das Recht jedes Vertragsstaates, der nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c oder Artikel 6 Absatz 2 Buchstabe c Gerichtsbarkeit beanspruchen kann, unberührt, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz einzuladen, mit dem Verdächtigen Verbindung aufzunehmen und ihn zu besuchen.

(6) Hat ein Vertragsstaat eine Person auf Grund dieses Artikels in Haft genommen, so zeigt er unverzüglich den Vertragsstaaten, die nach Artikel 6 Absätze 1 und 2 Gerichtsbarkeit begründet haben, sowie, wenn er es für angebracht hält, jedem anderen interessierten Vertragsstaat unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen die Tatsache, daß diese Person in Haft ist, und die Umstände an, welche die Haft rechtfertigen. Der Staat, der die Untersuchung nach Absatz 1

contemplated in paragraph 1 of the present article shall promptly inform the said States Parties of its findings and shall indicate whether it intends to exercise jurisdiction.

Article 8

1. The State Party in the territory of which the alleged offender is present shall, in cases to which article 6 applies, if it does not extradite that person, be obliged, without exception whatsoever and whether or not the offence was committed in its territory, to submit the case without undue delay to its competent authorities for the purpose of prosecution, through proceedings in accordance with the laws of that State. Those authorities shall take their decision in the same manner as in the case of any other offence of a grave nature under the law of that State.

2. Whenever a State Party is permitted under its domestic law to extradite or otherwise surrender one of its nationals only upon the condition that the person will be returned to that State to serve the sentence imposed as a result of the trial or proceeding for which the extradition or surrender of the person was sought, and this State and the State seeking the extradition of the person agree with this option and other terms they may deem appropriate, such a conditional extradition or surrender shall be sufficient to discharge the obligation set forth in paragraph 1 of the present article.

Article 9

1. The offences set forth in article 2 shall be deemed to be included as extraditable offences in any extradition treaty existing between any of the States Parties before the entry into force of this Convention. States Parties undertake to include such offences as extraditable offences in every extradition treaty to be subsequently concluded between them.

2. When a State Party which makes extradition conditional on the existence of a treaty receives a request for extradition from another State Party with which it has no extradition treaty, the requested State Party may, at its option, consider this Convention as a legal basis for extradition in respect of the offences set forth in article 2. Extradition shall be subject to the other conditions provided by the law of the requested State.

3. States Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty shall recognize the offences set forth in article 2 as extraditable offences between themselves, subject to the conditions provided by the law of the requested State.

visée au paragraphe 1 en communique rapidement les conclusions auxdits États Parties et leur indique s'il entend exercer sa compétence.

Article 8

1. Dans les cas où les dispositions de l'article 6 sont applicables, l'État Partie sur le territoire duquel se trouve l'auteur présumé de l'infraction est tenu, s'il ne l'extradit pas, de soumettre l'affaire, sans retard excessif et sans aucune exception, que l'infraction ait été ou non commise sur son territoire, à ses autorités compétentes pour l'exercice de l'action pénale selon une procédure conforme à la législation de cet État. Ces autorités prennent leur décision dans les mêmes conditions que pour toute autre infraction de caractère grave conformément aux lois de cet État.

2. Chaque fois que, en vertu de sa législation interne, un État Partie n'est autorisé à extraditer ou à remettre un de ses ressortissants qu'à la condition que l'intéressé lui sera remis pour purger la peine qui lui a été imposée à l'issue du procès ou de la procédure pour lesquels l'extradition ou la remise avait été demandée, et que cet État et l'État requérant l'extradition acceptent cette formule et les autres conditions qu'ils peuvent juger appropriées, l'extradition ou la remise conditionnelle suffit pour dispenser l'État Partie requis de l'obligation prévue au paragraphe 1.

Article 9

1. Les infractions prévues à l'article 2 sont de plein droit considérées comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition conclu entre États Parties avant l'entrée en vigueur de la présente Convention. Les États Parties s'engagent à considérer ces infractions comme cas d'extradition dans tout traité d'extradition à conclure par la suite entre eux.

2. Lorsqu'un État Partie qui subordonne l'extradition à l'existence d'un traité est saisi d'une demande d'extradition par un autre État Partie avec lequel il n'est pas lié par un traité d'extradition, l'État Partie requis a la latitude de considérer la présente Convention comme constituant la base juridique de l'extradition en ce qui concerne les infractions prévues à l'article 2. L'extradition est subordonnée aux autres conditions prévues par la législation de l'État requis.

3. Les États Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité reconnaissent les infractions prévues à l'article 2 comme cas d'extradition entre eux dans les conditions prévues par la législation de l'État requis.

durchführt, unterrichtet die genannten Vertragsstaaten umgehend über das Ergebnis der Untersuchung und teilt ihnen mit, ob er seine Gerichtsbarkeit auszuüben beabsichtigt.

Artikel 8

(1) In den Fällen, in denen Artikel 6 Anwendung findet, ist der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, wenn er ihn nicht ausliefert, verpflichtet, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und unabhängig davon, ob die Straftat in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde, ohne unangemessene Verzögerung seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach seinem Recht zu unterbreiten. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung in der gleichen Weise wie im Fall einer anderen Straftat schwerer Art nach dem Recht dieses Staates.

(2) Darf ein Vertragsstaat nach innerstaatlichem Recht einen Staatsangehörigen nur unter der Bedingung ausliefern oder sonst überstellen, daß die betreffende Person ihm rücküberstellt wird, um die Strafe zu verbüßen, die als Ergebnis des Prozesses oder Verfahrens verhängt wird, dessentwegen um ihre Auslieferung oder Überstellung ersucht wurde, und sind dieser Staat und der um Auslieferung ersuchende Staat mit dieser Vorgehensweise und etwaigen anderen Bedingungen, die sie für zweckmäßig erachten, einverstanden, so entbindet diese Auslieferung oder Überstellung unter Bedingung den ersuchten Vertragsstaat von der in Absatz 1 genannten Verpflichtung.

Artikel 9

(1) Die in Artikel 2 genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten vor dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene auslieferungsfähige Straftaten. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als auslieferungsfähige Straftaten in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsgesuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es dem ersuchten Staat frei, dieses Übereinkommen als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in bezug auf die in Artikel 2 genannten Straftaten anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im übrigen den im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich die in Artikel 2 genannten Straftaten als auslieferungsfähige Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

4. If necessary, the offences set forth in article 2 shall be treated, for the purposes of extradition between States Parties, as if they had been committed not only in the place in which they occurred but also in the territory of the States that have established jurisdiction in accordance with article 6, paragraphs 1 and 2.

5. The provisions of all extradition treaties and arrangements between States Parties with regard to offences set forth in article 2 shall be deemed to be modified as between States Parties to the extent that they are incompatible with this Convention.

Article 10

1. States Parties shall afford one another the greatest measure of assistance in connection with investigations or criminal or extradition proceedings brought in respect of the offences set forth in article 2, including assistance in obtaining evidence at their disposal necessary for the proceedings.

2. States Parties shall carry out their obligations under paragraph 1 of the present article in conformity with any treaties or other arrangements on mutual legal assistance that may exist between them. In the absence of such treaties or arrangements, States Parties shall afford one another assistance in accordance with their domestic law.

Article 11

None of the offences set forth in article 2 shall be regarded, for the purposes of extradition or mutual legal assistance, as a political offence or as an offence connected with a political offence or as an offence inspired by political motives. Accordingly, a request for extradition or for mutual legal assistance based on such an offence may not be refused on the sole ground that it concerns a political offence or an offence connected with a political offence or an offence inspired by political motives.

Article 12

Nothing in this Convention shall be interpreted as imposing an obligation to extradite or to afford mutual legal assistance, if the requested State Party has substantial grounds for believing that the request for extradition for offences set forth in article 2 or for mutual legal assistance with respect to such offences has been made for the purpose of prosecuting or punishing a person on account of that person's race, religion, nationality, ethnic origin or political opinion or that compliance with the request would cause prejudice to that person's position for any of these reasons.

4. Les infractions prévues à l'article 2 sont, le cas échéant, considérées aux fins d'extradition entre États Parties comme ayant été commises tant au lieu de leur perpétration que sur le territoire des États ayant établi leur compétence conformément aux paragraphes 1 et 2 de l'article 6.

5. Les dispositions de tous les traités ou accords d'extradition conclus entre États Parties relatives aux infractions visées à l'article 2 sont réputées être modifiées entre États Parties dans la mesure où elles sont incompatibles avec la présente Convention.

Article 10

1. Les États Parties s'accordent l'entraide judiciaire la plus large possible pour toute enquête ou procédure pénale ou procédure d'extradition relative aux infractions visées à l'article 2, y compris pour l'obtention des éléments de preuve dont ils disposent et qui sont nécessaires aux fins de la procédure.

2. Les États Parties s'acquittent des obligations qui leur incombent en vertu du paragraphe 1 en conformité avec tout traité ou accord d'entraide judiciaire qui peut exister entre eux. En l'absence d'un tel traité ou accord, les États Parties s'accordent cette entraide en conformité avec leur législation interne.

Article 11

Pour les besoins de l'extradition ou de l'entraide judiciaire entre États Parties, aucune des infractions visées à l'article 2 n'est considérée comme une infraction politique, comme une infraction connexe à une infraction politique ou comme une infraction inspirée par des mobiles politiques. En conséquence, une demande d'extradition ou d'entraide judiciaire fondée sur une telle infraction ne peut être refusée pour la seule raison qu'elle concerne une infraction politique, une infraction connexe à une infraction politique, ou une infraction inspirée par des mobiles politiques.

Article 12

Aucune disposition de la présente Convention ne doit être interprétée comme impliquant une obligation d'extradition ou d'entraide judiciaire si l'État Partie requis a des raisons sérieuses de croire que la demande d'extradition pour les infractions visées à l'article 2 ou la demande d'entraide concernant de telles infractions a été présentée aux fins de poursuivre ou de punir une personne pour des considérations de race, de religion, de nationalité, d'origine ethnique ou d'opinions politiques, ou que donner suite à cette demande porterait préjudice à la situation de cette personne pour l'une quelconque de ces considérations.

(4) Die in Artikel 2 genannten Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten nötigenfalls so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen worden, die nach Artikel 6 Absätze 1 und 2 Gerichtsbarkeit begründet haben.

(5) Die Bestimmungen aller Auslieferungsverträge und sonstigen Übereinkünfte über Auslieferung zwischen den Vertragsstaaten gelten hinsichtlich der in Artikel 2 genannten Straftaten als im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten geändert, soweit sie mit dem vorliegenden Übereinkommen unvereinbar sind.

Artikel 10

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Ermittlungen sowie strafgerichtlichen Verfahren und Auslieferungsverfahren, die in bezug auf die in Artikel 2 genannten Straftaten eingeleitet werden, einschließlich der Hilfe bei der Beschaffung der ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.

(2) Die Vertragsstaaten erfüllen ihre Verpflichtungen nach Absatz 1 im Einklang mit den zwischen ihnen bestehenden Verträgen oder sonstigen Übereinkünften über die gegenseitige Rechtshilfe. In Ermangelung solcher Verträge oder sonstigen Übereinkünfte gewähren die Vertragsstaaten einander Rechtshilfe nach ihrem innerstaatlichen Recht.

Artikel 11

Für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe wird keine der in Artikel 2 genannten Straftaten als politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen. Folglich darf ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, das auf einer solchen Straftat beruht, nicht allein mit der Begründung verweigert werden, daß es sich um eine politische Straftat, um eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder um eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat handelt.

Artikel 12

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernsthafte Gründe für die Annahme hat, daß das Auslieferungsersuchen wegen in Artikel 2 genannter Straftaten oder das Ersuchen um Rechtshilfe in bezug auf solche Straftaten gestellt worden ist, um eine Person wegen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer politischen Anschauungen zu verfolgen oder zu bestrafen, oder daß die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde.

Article 13

1. A person who is being detained or is serving a sentence in the territory of one State Party whose presence in another State Party is requested for purposes of testimony, identification or otherwise providing assistance in obtaining evidence for the investigation or prosecution of offences under this Convention may be transferred if the following conditions are met:

- (a) The person freely gives his or her informed consent; and
- (b) The competent authorities of both States agree, subject to such conditions as those States may deem appropriate.

2. For the purposes of the present article:

- (a) The State to which the person is transferred shall have the authority and obligation to keep the person transferred in custody, unless otherwise requested or authorized by the State from which the person was transferred;
- (b) The State to which the person is transferred shall without delay implement its obligation to return the person to the custody of the State from which the person was transferred as agreed beforehand, or as otherwise agreed, by the competent authorities of both States;
- (c) The State to which the person is transferred shall not require the State from which the person was transferred to initiate extradition proceedings for the return of the person;
- (d) The person transferred shall receive credit for service of the sentence being served in the State from which he was transferred for time spent in the custody of the State to which he was transferred.

3. Unless the State Party from which a person is to be transferred in accordance with the present article so agrees, that person, whatever his or her nationality, shall not be prosecuted or detained or subjected to any other restriction of his or her personal liberty in the territory of the State to which that person is transferred in respect of acts or convictions anterior to his or her departure from the territory of the State from which such person was transferred.

Article 14

Any person who is taken into custody or regarding whom any other measures are taken or proceedings are carried out pursuant to this Convention shall be guaranteed fair treatment, including enjoyment of all rights and guarantees in conformity with the law of the State in the

Article 13

1. Toute personne détenue ou purgeant une peine sur le territoire d'un État Partie dont la présence dans un autre État Partie est requise aux fins de témoignage ou d'identification ou en vue d'apporter son concours à l'établissement des faits dans le cadre de l'enquête ou des poursuites engagées en vertu de la présente Convention peut faire l'objet d'un transfert si les conditions ci-après sont réunies:

- a) Ladite personne y donne librement son consentement en toute connaissance de cause;
- b) Les autorités compétentes des deux États concernés y consentent, sous réserve des conditions qu'ils peuvent juger appropriées.

2. Aux fins du présent article:

- a) L'État vers lequel le transfert est effectué a le pouvoir et l'obligation de garder l'intéressé en détention, sauf demande ou autorisation contraire de la part de l'État à partir duquel la personne a été transférée;
- b) L'État vers lequel le transfert est effectué s'acquitte sans retard de l'obligation de remettre l'intéressé à la garde de l'État à partir duquel le transfert a été effectué, conformément à ce qui aura été convenu au préalable ou à ce que les autorités compétentes des deux États auront autrement décidé;
- c) L'État vers lequel le transfert est effectué ne peut exiger de l'État à partir duquel le transfert est effectué qu'il engage une procédure d'extradition concernant l'intéressé;
- d) Il est tenu compte de la période que l'intéressé a passée en détention dans l'État vers lequel il a été transféré aux fins du décompte de la peine à purger dans l'État à partir duquel il a été transféré.

3. À moins que l'État Partie à partir duquel une personne doit être transférée, conformément aux dispositions du présent article, ne donne son accord, ladite personne, quelle qu'en soit la nationalité, ne peut pas être poursuivie ou détenue ou soumise à d'autres restrictions à sa liberté de mouvement sur le territoire de l'État auquel elle est transférée à raison d'actes ou condamnations antérieures à son départ du territoire de l'État à partir duquel elle a été transférée.

Article 14

Toute personne placée en détention ou contre laquelle toute autre mesure est prise ou une procédure est engagée en vertu de la présente Convention se voit garantir un traitement équitable et tous les droits et garanties conformes à la législation de l'État sur le territoire duquel elle se trouve

Artikel 13

(1) Eine Person, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats in Haft befindet oder eine Strafe verbüßt und um deren Anwesenheit in einem anderen Vertragsstaat zum Zwecke der Ablegung einer Zeugenaussage, für eine Identifizierung oder eine andere Unterstützung bei der Beweiserhebung im Rahmen von Ermittlungen oder der Verfolgung wegen Straftaten im Sinne dieses Übereinkommens ersucht wird, darf überstellt werden, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- a) Die Person willigt nach vorheriger Aufklärung ein, und
- b) die zuständigen Behörden beider Staaten geben unter den Bedingungen, die sie für geeignet erachten, ihre Zustimmung.

(2) Für die Zwecke dieses Artikels gilt folgendes:

- a) Der Staat, dem die Person überstellt wird, hat die Befugnis und die Pflicht, die betreffende Person in Haft zu halten, sofern der Staat, von dem die Person überstellt wurde, nichts anderes verlangt oder genehmigt;
- b) der Staat, dem die Person überstellt wird, erfüllt entsprechend der vorherigen oder sonstigen Vereinbarung der zuständigen Behörden beider Staaten unverzüglich seine Pflicht, die Person wieder dem Staat zurückzustellen, von dem sie überstellt wurde;
- c) der Staat, dem die Person überstellt wird, verlangt von dem Staat, von dem sie überstellt wurde, nicht die Einleitung eines Auslieferungsverfahrens zwecks Rücküberstellung dieser Person;
- d) der überstellten Person wird die in dem Staat, dem sie überstellt wurde, verbrachte Haftzeit auf die Strafe angerechnet, die sie in dem Staat, von dem sie überstellt wurde, zu verbüßen hat.

(3) Sofern nicht der Vertragsstaat, von dem eine Person nach diesem Artikel überstellt werden soll, zustimmt, darf diese Person, unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit sie besitzt, nicht wegen Handlungen oder Verurteilungen, die vor ihrer Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des Staates, von dem sie überstellt wurde, erfolgten, im Hoheitsgebiet des Staates, dem sie überstellt wird, verfolgt, in Haft gehalten oder einer anderen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden.

Artikel 14

Einer Person, die in Haft genommen wird oder gegen die andere Maßnahmen ergriffen werden oder ein Verfahren nach diesem Übereinkommen durchgeführt wird, ist eine gerechte Behandlung zu gewährleisten, die den Genuß aller Rechte und Garantien einschließt, die mit dem

territory of which that person is present and applicable provisions of international law, including international law of human rights.

Article 15

States Parties shall cooperate in the prevention of the offences set forth in article 2, particularly:

- (a) By taking all practicable measures, including, if necessary, adapting their domestic legislation, to prevent and counter preparations in their respective territories for the commission of those offences within or outside their territories, including measures to prohibit in their territories illegal activities of persons, groups and organizations that encourage, instigate, organize, knowingly finance or engage in the perpetration of offences as set forth in article 2;
- (b) By exchanging accurate and verified information in accordance with their national law, and coordinating administrative and other measures taken as appropriate to prevent the commission of offences as set forth in article 2;
- (c) Where appropriate, through research and development regarding methods of detection of explosives and other harmful substances that can cause death or bodily injury, consultations on the development of standards for marking explosives in order to identify their origin in post-blast investigations, exchange of information on preventive measures, cooperation and transfer of technology, equipment and related materials.

Article 16

The State Party where the alleged offender is prosecuted shall, in accordance with its domestic law or applicable procedures, communicate the final outcome of the proceedings to the Secretary-General of the United Nations, who shall transmit the information to the other States Parties.

Article 17

The States Parties shall carry out their obligations under this Convention in a manner consistent with the principles of sovereign equality and territorial integrity of States and that of non-intervention in the domestic affairs of other States.

et aux dispositions applicables du droit international, y compris celles qui ont trait aux droits de l'homme.

Article 15

Les États Parties collaborent à la prévention des infractions prévues à l'article 2, en particulier:

- a) En prenant toutes les mesures possibles, y compris, le cas échéant, en adaptant leur législation interne, afin de prévenir ou contrarier la préparation, sur leurs territoires respectifs, des infractions destinées à être commises à l'intérieur ou à l'extérieur de leurs territoires, notamment des mesures interdisant sur leurs territoires les activités illégales d'individus, de groupes et d'organisations qui encouragent, fomentent, organisent, financent en connaissance de cause ou commettent les infractions visées à l'article 2;
- b) En échangeant des renseignements exacts et vérifiés en conformité avec les dispositions de leur législation interne et en coordonnant les mesures administratives et autres prises, le cas échéant, afin de prévenir la perpétration des infractions visées à l'article 2;
- c) Le cas échéant, grâce à la recherche-développement portant sur les méthodes de détection d'explosifs et d'autres substances dangereuses pouvant causer la mort ou provoquer des dommages corporels, à des consultations sur l'établissement de normes pour le marquage des explosifs en vue d'en identifier l'origine lors des enquêtes effectuées à la suite d'explosions, à des échanges d'informations relatives aux mesures de prévention, à la coopération et au transfert de technologie, de matériel et de moyens connexes.

Article 16

L'État Partie dans lequel une action pénale a été engagée contre l'auteur présumé de l'infraction en communique, dans les conditions prévues par sa législation interne ou par les procédures applicables, le résultat définitif au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en informe les autres États Parties.

Article 17

Les États Parties s'acquittent des obligations découlant de la présente Convention dans le respect des principes de l'égalité souveraine et de l'intégrité territoriale des États, ainsi que de celui de la non-ingérence dans les affaires intérieures des autres États.

Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich befindet, sowie mit den anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen einschließlich derer über die Menschenrechte im Einklang stehen.

Artikel 15

Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der in Artikel 2 genannten Straftaten insbesondere auf folgende Weise zusammen:

- a) indem sie alle durchführbaren Maßnahmen treffen, wozu erforderlichenfalls auch eine Anpassung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften gehört, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder außerhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern und diesen entgegenzuwirken, einschließlich Maßnahmen, um in ihren Hoheitsgebieten rechtswidrige Tätigkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen zu verbieten, welche die Begehung von in Artikel 2 genannten Straftaten fördern, organisieren, wesentlich finanzieren, durchführen oder andere zur Begehung solcher Straftaten anstiften;
- b) indem sie genaue, nachgeprüfte Informationen im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht austauschen und die Verwaltungs- und andere Maßnahmen miteinander abstimmen, die sie gegebenenfalls treffen, um die Begehung von in Artikel 2 genannten Straftaten zu verhindern;
- c) gegebenenfalls durch Forschung und Entwicklung in bezug auf Methoden zur Aufspürung von Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen, die den Tod oder schwere Körperverletzungen verursachen können, durch Konsultationen über die Entwicklung von Normen für die Kennzeichnung von Sprengstoff, um bei den Ermittlungen nach einer Explosion dessen Herkunft feststellen zu können, durch Austausch von Informationen über vorbeugende Maßnahmen, durch Zusammenarbeit sowie durch Weitergabe von Technologie, Ausrüstung und dazugehörigem Material.

Artikel 16

Der Vertragsstaat, in dem der Verdächtige verfolgt wird, teilt nach innerstaatlichem Recht oder nach den anwendbaren Verfahren den Ausgang des Verfahrens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit; dieser unterrichtet die anderen Vertragsstaaten.

Artikel 17

Die Vertragsstaaten erfüllen ihre Verpflichtungen nach diesem Übereinkommen in einer Weise, die mit den Grundsätzen der souveränen Gleichheit und territorialen Unversehrtheit der Staaten sowie der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten vereinbar ist.

Article 18

Nothing in this Convention entitles a State Party to undertake in the territory of another State Party the exercise of jurisdiction and performance of functions which are exclusively reserved for the authorities of that other State Party by its domestic law.

Article 19

1. Nothing in this Convention shall affect other rights, obligations and responsibilities of States and individuals under international law, in particular the purposes and principles of the Charter of the United Nations and international humanitarian law.

2. The activities of armed forces during an armed conflict, as those terms are understood under international humanitarian law, which are governed by that law, are not governed by this Convention, and the activities undertaken by military forces of a State in the exercise of their official duties, inasmuch as they are governed by other rules of international law, are not governed by this Convention.

Article 20

1. Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of this Convention which cannot be settled through negotiation within a reasonable time shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If, within six months from the date of the request for arbitration, the parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those parties may refer the dispute to the International Court of Justice, by application, in conformity with the Statute of the Court.

2. Each State may at the time of signature, ratification, acceptance or approval of this Convention or accession thereto declare that it does not consider itself bound by paragraph 1 of the present article. The other States Parties shall not be bound by paragraph 1 with respect to any State Party which has made such a reservation.

3. Any State which has made a reservation in accordance with paragraph 2 of the present article may at any time withdraw that reservation by notification to the Secretary-General of the United Nations.

Article 21

1. This Convention shall be open for signature by all States from 12 January 1998 until 31 December 1999 at United Nations Headquarters in New York.

2. This Convention is subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or

Article 18

Aucune disposition de la présente Convention n'habilite un État Partie à exercer sur le territoire d'un autre État Partie une compétence ou des fonctions qui sont exclusivement réservées aux autorités de cet autre État Partie par son droit interne.

Article 19

1. Aucune disposition de la présente Convention ne modifie les autres droits, obligations et responsabilités qui découlent pour les États et les individus du droit international, en particulier les buts et principes de la Charte des Nations Unies, et du droit international humanitaire.

2. Les activités des forces armées en période de conflit armé, au sens donné à ces termes en droit international humanitaire, qui sont régies par ce droit ne sont pas régies par la présente Convention, et les activités menées par les forces armées d'un État dans l'exercice de leurs fonctions officielles, en tant qu'elles sont régies par d'autres règles de droit international, ne sont pas non plus régies par la présente Convention.

Article 20

1. Tout différend entre des États Parties concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui ne peut pas être réglé par voie de négociation dans un délai raisonnable est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'un de ces États. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une requête conformément au Statut de la Cour.

2. Tout État peut, au moment où il signe, ratifie, accepte ou approuve la présente Convention ou y adhère, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions du paragraphe 1. Les autres États Parties ne sont pas liés par lesdites dispositions envers tout État Partie qui a formulé une telle réserve.

3. Tout État qui a formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe 2 peut à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au Secrétaire général.

Article 21

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les États du 12 janvier 1998 au 31 décembre 1999, au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York.

2. La présente Convention sera ratifiée, acceptée ou approuvée. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'appro-

Artikel 18

Dieses Übereinkommen berechtigt einen Vertragsstaat nicht, im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates Gerichtsbarkeit auszuüben oder Aufgaben wahrzunehmen, die nach innerstaatlichem Recht dieses anderen Vertragsstaates ausschließlich seinen Behörden vorbehalten sind.

Artikel 19

(1) Dieses Übereinkommen berührt nicht die sonstigen Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, die sich für Staaten und Einzelpersonen aus dem Völkerrecht, insbesondere den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und dem humanitären Völkerrecht, ergeben.

(2) Die Tätigkeiten von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts im Sinne des humanitären Völkerrechts, die von jenem Recht erfaßt werden, sind von diesem Übereinkommen nicht erfaßt; die Tätigkeiten, die Streitkräfte eines Staates in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten ausüben, sind von diesem Übereinkommen ebenfalls nicht erfaßt, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfaßt sind.

Artikel 20

(1) Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht innerhalb einer angemessenen Frist durch Verhandlungen beigelegt werden kann, ist auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

(2) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme oder Genehmigung dieses Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem erklären, daß er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.

(3) Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückziehen.

Artikel 21

(1) Dieses Übereinkommen liegt vom 12. Januar 1998 bis zum 31. Dezember 1999 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Geneh-

approval shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

3. This Convention shall be open to accession by any State. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

Article 22

1. This Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of the deposit of the twenty-second instrument of ratification, acceptance, approval or accession with the Secretary-General of the United Nations.

2. For each State ratifying, accepting, approving or acceding to the Convention after the deposit of the twenty-second instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after deposit by such State of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 23

1. Any State Party may denounce this Convention by written notification to the Secretary-General of the United Nations.

2. Denunciation shall take effect one year following the date on which notification is received by the Secretary-General of the United Nations.

Article 24

The original of this Convention, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations, who shall send certified copies thereof to all States.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Convention, opened for signature at United Nations Headquarters in New York on 12 January 1998.

bation seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

3. La présente Convention est ouverte à l'adhésion de tout État. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 22

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date de dépôt auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

2. Pour chacun des États qui ratifieront, accepteront ou approuveront la Convention ou y adhéreront après le dépôt du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour après le dépôt par cet État de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 23

1. Tout État Partie peut dénoncer la présente Convention par voie de notification écrite adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

2. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle la notification aura été reçue par le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 24

L'original de la présente Convention, dont les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposé auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, qui en fera tenir copie certifiée conforme à tous les États.

En foi de quoi les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention, qui a été ouverte à la signature à New York, le 12 janvier 1998.

migungsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

(3) Dieses Übereinkommen steht allen Staaten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 22

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt, genehmigt oder ihm beitrifft, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Artikel 23

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Artikel 24

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen, das am 12. Januar 1998 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, unterschrieben.

Denkschrift

I. Allgemeines

In den vergangenen Jahrzehnten wurden unter UN-Schirmherrschaft zahlreiche internationale Verträge verabschiedet, welche dem Zweck dienen, der Bedrohung, die von terroristischen Aktivitäten ausgeht, wirksam entgegenzutreten.

Bereits im Jahre 1972 wurde in der UN-Vollversammlung erstmals über den Terrorismus verhandelt. In Ermangelung einer einheitlichen Definition des Terrorismusbegriffes blieb jedoch die Schaffung internationaler Normen auf diesem Gebiet lange Zeit relativ fruchtlos. Es wurden lediglich mehrere Empfehlungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich verabschiedet.

Erst die zunehmende Anzahl terroristischer Anschläge hat die UN-Vollversammlung dazu veranlasst, Übereinkommen zur Bekämpfung bestimmter terroristischer Aktivitäten zu verabschieden, beispielsweise in der Zivilluftfahrt, in der Seefahrt, für Personen, die internationalen Schutz genießen, bei Geiselnahmen, bei Einsatz bestimmter Substanzen oder Instrumente zu terroristischen Zwecken.

Unter dem Eindruck einer gesteigerten Qualität und Quantität von terroristischen Bombenanschlägen richtete die UN-Vollversammlung mit Resolution 51/210 vom 17. Dezember 1996 einen Ad-hoc-Ausschuss ein, dessen Ziel es unter anderem war, ein internationales Rechtsinstrument auszuarbeiten, um derartigen Anschlägen in Zukunft wirksam entgegenwirken zu können. Der ausgearbeitete Text eines internationalen Übereinkommens wurde am 19. November 1997 von der 6. Kommission der Generalversammlung ohne Abstimmung angenommen. Mit der Resolution 52/164 nahm die Generalversammlung den Übereinkommenstext am 15. Dezember 1997 an und legte ihn am 12. Januar 1998 zur Unterzeichnung auf.

Das Übereinkommen ist am 23. Mai 2001 gemäß seinem Artikel 22 Abs. 1 in Kraft getreten. Die Unterzeichnung durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgte am 26. Januar 1998.

Zweck des Übereinkommens ist es, die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung bestimmter Formen des Terrorismus, nämlich terroristischer Bombenanschläge, zu verbessern. In Artikel 2 des Übereinkommens ist zunächst die Definition einer Straftat im Sinne des Übereinkommens enthalten. Es handelt sich dabei um den deliktischen Tatbestand der Vorbereitung und Durchführung von Bombenanschlägen sowie die Beteiligung daran. Die unterzeichnenden Staaten werden verpflichtet, unter gewissen Voraussetzungen diesen Tatbestand unter Strafe zu stellen sowie eine Gerichtsbarkeit darüber zu begründen. Die Bundesrepublik Deutschland hat diese Verpflichtungen bereits erfüllt:

- Die in Artikel 2 Abs. 1 Buchstabe a und b umschriebenen Handlungen sind im Wesentlichen durch § 308 des Strafgesetzbuches mit Strafe bedroht. Daneben decken insbesondere die §§ 306 bis 306c, 307, 309, 310, 314, 315, 315b, 318, 328, 330a, 303, 304, 129 und 129a des Strafgesetzbuches die weiteren Möglichkeiten einer Tatbegehung im Sinne von Artikel 2 umfassend ab.

- Eine Handlung nach Artikel 2 Abs. 2 ist nach bestehendem deutschen Recht gemäß § 23 Abs. 1 StGB jeweils in Verbindung mit dem einschlägigen deutschen Straftatbestand strafbar.

Eine Beteiligung gemäß Artikel 2 Abs. 3 des Übereinkommens ist nach den insofern allgemein geltenden Vorschriften des Strafgesetzbuches (§§ 26, 27 StGB) strafbar.

- Da es sich insoweit um Straftaten nach dem Strafgesetzbuch handelt, hat Deutschland auch seine aus Artikel 6 resultierende Verpflichtung, Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 des Übereinkommens genannten Straftatbestände zu begründen, bereits erfüllt.

Durch eine umfassende Zuständigkeitsregelung in dem Übereinkommen wird zudem sichergestellt, dass in allen Fällen zumindest ein Vertragsstaat zur Aburteilung zuständig ist. So hat jeder Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten zu begründen, wenn

- die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen wird,
- die Straftat an Bord eines Schiffes, das zur Tatzeit die Flagge dieses Staates führt, oder eines Luftfahrzeuges, das zur Tatzeit nach dem Recht dieses Staates eingetragen ist, begangen wird oder
- die Straftat von einem Angehörigen dieses Staates begangen wird.

Darüber hinaus kann ein Vertragsstaat seine Gerichtsbarkeit über die Straftaten nach Artikel 2 auch begründen, wenn

- die Straftat gegen einen Angehörigen dieses Staates begangen wird,
- die Straftat gegen eine staatliche oder öffentliche Einrichtung dieses Staates im Ausland, einschließlich einer Botschaft oder sonstiger diplomatischer oder konsularischer Räumlichkeiten, begangen wird,
- wenn die Straftat von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat,
- wenn die Straftat mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, oder
- wenn die Straftat an Bord eines Luftfahrzeugs begangen wird, das von der Regierung dieses Staates betrieben wird.

Des Weiteren liegt dem Übereinkommen das Prinzip des „aut dedere aut judicare“ zugrunde (Artikel 6 Abs. 4, Artikel 8 Abs. 1); also entweder wird die verdächtige Person ausgeliefert oder aber der eigenen Strafverfolgung zugeführt.

Der Täter ist, wenn er nicht ausgeliefert wird, den zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung zuzuführen. Dabei ist die Person, gegen welche sich die Maßnahmen richten, berechtigt,

- unverzüglich mit der nächsten Vertretung des Staates, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder der anderweitig zum Schutz ihrer Rechte berechtigt ist,

oder, wenn sie staatenlos ist, des Staates, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat, in Verbindung zu treten;

- Besuch von der Vertretung dieses Staates zu empfangen;
- über ihre vorgenannten Rechte unterrichtet zu werden.

Hat ein Vertragsstaat auf Grund von Untersuchungen wegen einer Straftat dieses Übereinkommens eine Person in Haft genommen, so hat er dies unverzüglich den Vertragsstaaten, die im Sinne von Artikel 6 eine Gerichtsbarkeit begründet haben, sowie, wenn er es für angebracht hält, jedem anderen interessierten Vertragsstaat unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen die Tatsache, dass diese Person in Haft ist, und die Umstände, welche die Haft rechtfertigen, anzuzeigen.

Darüber hinaus enthält der Text des Übereinkommens die Verpflichtung zur zwischenstaatlichen Rechtshilfe und Auslieferung, sofern eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens im Raume steht.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zur Präambel

Neben einer Bezugnahme auf einschlägige Erklärungen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus gibt die Präambel mittelbar die Ziele des Übereinkommens wieder. So wird das Übereinkommen als ein weiterer Beitrag zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung aller Arten und Erscheinungsformen des Terrorismus angesehen.

Zu Artikel 1

Dieser Artikel enthält in sechs Nummern Definitionen von Begriffen, welche insbesondere zur Ausgestaltung des Tatbestandes gemäß Artikel 2 von Bedeutung sind. Es handelt sich hierbei um Definitionen zu den Ausdrücken: „Staatliche oder öffentliche Einrichtung“, „Versorgungseinrichtung“, „Sprengsatz oder andere tödliche Vorrichtungen“, „Streitkräfte eines Staates“, „öffentlicher Ort“ und „öffentliches Verkehrssystem“.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bei Unterzeichnung eine Erklärung zu Artikel 1 Nummer 4 des Übereinkommens abgegeben und darin mitgeteilt, dass der Begriff „Streitkräfte eines Staates“ ihre nationalen Kontingente, welche unter dem Mandat der UNO stehen, einschließt. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie unter diesen Begriff wegen des Sinnes des Übereinkommens auch die Polizeikräfte fasst.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel enthält den maßgeblichen deliktischen Tatbestand. Nach Absatz 1 begeht derjenige eine Straftat im Sinne dieses Übereinkommens, der widerrechtlich und vorsätzlich einen Sprengstoff oder eine andere tödliche Vorrichtung zu einem öffentlichen Ort, einer staatlichen oder öffentlichen Einrichtung, einem öffentlichen Verkehrssystem oder einer Versorgungseinrichtung befördert oder dort bzw. gegen einen solchen Ort, eine solche Einrichtung oder ein solches System in Anschlag bringt, auslöst oder zur Explosion bringt, sofern der Täter beabsichtigt, dadurch den Tod, schwere Körperverletzungen oder erhebliche Sachbeschädigungen zu verursachen.

Absatz 2 sieht vor, dass auch der Versuch der in Absatz 1 erwähnten Straftat strafbar ist.

Absatz 3 schließlich erfasst auch die Anstiftung beziehungsweise die Mithilfe zu der in Absatz 1 genannten Tat. Des Weiteren wird in Absatz 3 Buchstabe c die Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung zum Zwecke der Begehung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Straftaten unter Strafe gestellt. Hierbei sind Parallelen zu Artikel 3 Abs. 4 des EU-Übereinkommens über die Auslieferung vom 27. September 1996 erkennbar.

Zu Artikel 3

Hier ist eine Ausnahme vom sachlichen Geltungsbereich des Übereinkommens enthalten. Denn es findet nach dieser Vorschrift keine Anwendung, wenn die Straftat innerhalb eines einzigen Staates begangen wird und ein Auslandsbezug nicht vorliegt. In derartigen Fällen, das wird im letzten Halbsatz des Artikels ausgedrückt, kommen jedoch die jeweils zutreffenden Bestimmungen der Artikel 10 bis 15 des Übereinkommens zur Anwendung.

Zu Artikel 4

Diese Vorschrift enthält die Verpflichtung für die Vertragsstaaten, die in Artikel 2 genannten Taten nach innerstaatlichem Recht als Straftaten einzustufen und sie unter der Berücksichtigung der Schwere der Tat mit angemessenen Strafen zu bedrohen. In Deutschland ist diese Verpflichtung insbesondere durch die Bestimmungen der §§ 306 bis 306c, 307 bis 310, 314, 315, 315b, 316b, 316c, 317, 318, 328, 330a, 129 und 129a StGB erfüllt. Die §§ 303, 304 und 305 des Strafgesetzbuches können als Auffangtatbestand dienen, zum Beispiel wenn aufgrund der Örtlichkeit oder des verletzten Sachgutes eine Brandstiftung im Sinne von § 306 des Strafgesetzbuches nicht in Betracht kommt. Die §§ 211 ff., 223 ff. des Strafgesetzbuches dienen ebenfalls als Auffangtatbestände und erfassen, neben den §§ 303 ff. des Strafgesetzbuches, jeweils im Zusammenhang mit § 23 Abs. 1 StGB unter anderem auch das in Artikel 2 Abs. 1 enthaltene „Befördern“ und „in Anschlag bringen“. Im Übrigen ist in diesem Zusammenhang auch § 30 StGB zu berücksichtigen.

Was die in Artikel 2 Abs. 2 verlangte Versuchsstrafbarkeit anlangt, so folgt diese in Deutschland aus den oben dargestellten Vorschriften des Strafgesetzbuches und im Übrigen aus § 23 Abs. 1 StGB.

Die in Artikel 2 Abs. 3 verlangte Pönalisierung des Mittäters, Gehilfen und Anstifters hinsichtlich der in Artikel 2 Abs. 1 aufgeführten Taten ist in Deutschland durch die §§ 25, 26, 27 StGB gewährleistet.

Darüber hinaus ist das in Artikel 2 Abs. 3 des Übereinkommens dargestellte Verhalten durch die Bestimmungen zur Beihilfe oder gemäß den §§ 129, 129a StGB in Deutschland bereits heute mit Strafe bedroht.

Zu Artikel 5

Durch diese Vorschrift wird klargestellt, dass die in Artikel 2 des Übereinkommens genannten Straftaten nicht aus politischen, rassistischen, ethnischen, religiösen oder sonstigen Erwägungen ähnlicher Art gerechtfertigt sein können. Dies gilt vor allem dann, wenn mit der Straftat beabsichtigt oder geplant ist, die ganze Bevölkerung, eine Gruppe von Personen oder Einzelne in Angst und Schrecken zu versetzen. Die Vertragsstaaten haben die

Pflicht, die notwendigen Maßnahmen einschließlich von, wenn dies zweckmäßig ist, Maßnahmen der innerstaatlichen Gesetzgebung zu treffen, um dies sicherzustellen.

In Deutschland ist eine Rechtfertigung aus den oben stehenden Erwägungen dem Gesetz fremd.

Darüber hinaus ist in diesem Artikel geregelt, dass die Vertragsstaaten Strafen zu verhängen haben, die der Schwere der Tat entsprechen.

Zu Artikel 6

In Absatz 1 ist festgelegt, in welchen Fällen jeden Vertragsstaat eine Verpflichtung trifft, seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten zu begründen. Dies ist dann der Fall, wenn

- die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates begangen wird,
- die Straftat an Bord eines Schiffes, das zur Tatzeit die Flagge des Staates führt, oder eines Flugzeugs, das zur Tatzeit nach dem Recht dieses Staates eingetragen ist, begangen wird, oder
- die Straftat von einem Angehörigen dieses Staates begangen wird.

Die deutsche Gerichtsbarkeit ergibt sich in diesen Fällen aus den §§ 3, 4, 6 Nr. 2 und § 7 Abs. 2 StGB.

Greift in den Konstellationen des § 7 Abs. 2 StGB nicht schon das Weltrechtsprinzip aus § 6 Nr. 2 StGB, ist die deutsche Strafgerichtsbarkeit nach der erstgenannten Vorschrift auch nicht durch das Erfordernis der Tatortstrafbarkeit eingeschränkt, denn dieses Erfordernis dürfte mit der Umsetzung des Übereinkommens in allen praktisch relevanten Fällen erfüllt sein.

In Absatz 2 wird eine fakultative Gerichtsbarkeit eines Vertragsstaates dargelegt. Hier ist geregelt, dass er seine Gerichtsbarkeit auch über eine Straftat begründen kann, die

- gegen einen Angehörigen dieses Staates begangen wird,
- gegen eine staatliche oder öffentliche Einrichtung dieses Staates im Ausland, einschließlich einer Botschaft oder sonstiger diplomatischer oder konsularischer Räumlichkeiten, begangen wird,
- von einer staatenlosen Person begangen wird, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in diesem Staat hat,
- mit dem Ziel begangen wird, diesen Staat zu einem Tun oder Unterlassen zu nötigen, oder
- an Bord eines Luftfahrzeugs begangen wird, das von der Regierung dieses Staates betrieben wird.

Absatz 3 beinhaltet die Pflicht der Notifikation über den Generalsekretär der Vereinten Nationen, für welche Fälle ein Vertragsstaat in Übereinstimmung mit Absatz 2 seine Gerichtsbarkeit nach innerstaatlichem Recht begründet hat.

Absatz 4 enthält die „aut dedere aut judicare“-Klausel. Damit verpflichten sich die Vertragsstaaten, ihre Gerichtsbarkeit für die in Artikel 2 genannten Straftaten auch für den Fall zu begründen, dass der Beschuldigte sich auf ihrem Hoheitsgebiet befindet und nicht ausgeliefert wird. Eine deutsche Gerichtsbarkeit resultiert in diesem Fall bereits aus § 7 Abs. 2 Nr. 2 StGB.

In Absatz 5 schließlich wird klargestellt, dass dieses Übereinkommen die Ausübung einer Strafgerichtsbarkeit, die von einem Vertragsstaat nach innerstaatlichem Recht begründet ist, nicht ausschließt.

Zu Artikel 7

Die Absätze 1 und 2 begründen Verpflichtungen eines Vertragsstaates für den Fall, dass eine Person, die eine in Artikel 2 genannte Straftat begangen hat oder ihrer verdächtig ist, sich auf seinem Hoheitsgebiet aufhält. Denn dann hat der Vertragsstaat die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Sachverhalt zu untersuchen und die Anwesenheit der Personen für die Zwecke der Strafverfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen.

In Deutschland ist dieser Verpflichtung durch die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes über die Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (IRG), insbesondere die §§ 15 ff. IRG, beziehungsweise durch die entsprechenden Vorschriften des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369, 1371; 1976 II S. 1778; 1982 II S. 2071; 1994 II S. 299) im Verhältnis zu den Vertragsparteien des erwähnten Übereinkommens Genüge getan.

In den Absätzen 3 und 4 ist das Recht jeder Person, gegen welche sich die vorgenannten Maßnahmen richten, konsularische Verbindung aufzunehmen, geregelt.

Darüber hinaus ist in Absatz 5 eine Kontaktaufnahme zu dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes vorgesehen.

In Absatz 6 schließlich ist geregelt, dass ein Vertragsstaat, der eine Person auf Grund dieses Artikels in Haft genommen hat, diesen Sachverhalt unverzüglich jenen Vertragsstaaten anzuzeigen hat, welche nach Artikel 6 Abs. 1 und 2 Gerichtsbarkeit begründet haben. Ziel dieser Bestimmung ist es, diesen Staaten die fristgerechte Stellung eines Auslieferungsersuchens zu ermöglichen.

Zu Artikel 8

In Absatz 1 dieser Bestimmung wird der Grundsatz des „aut dedere aut judicare“ aufgegriffen und klargestellt, dass einen Vertragsstaat, in dem sich derjenige befindet, der einer Straftat nach Artikel 2 verdächtig ist, im Falle der Nichtauslieferung die Verpflichtung trifft, unverzüglich durch seine zuständigen Behörden zum Zwecke der Strafverfolgung ein Verfahren nach seinem Recht einzuleiten. Inhaltlich entspricht diese Bestimmung Artikel 7 des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977 (BGBl. 1978 II S. 321; 1978 II S. 907; 1989 II S. 857).

Absatz 1 des Übereinkommens verpflichtet die gemäß den §§ 142, 142a und 143 GVG zuständige Staatsanwaltschaft jedoch nicht, in jedem Falle Anklage zu erheben, sondern lässt die Vorschriften der Strafprozessordnung, wie der Wortlaut „in einem Verfahren nach seinem Recht“ verdeutlicht, unberührt.

In Absatz 2 ist klargestellt, dass ein Vertragsstaat, der nach innerstaatlichem Recht einen Staatsangehörigen nur unter der Bedingung ausliefern oder sonst überstellen darf, dass ihm die Person zur Strafverbüßung rücküberstellt wird, von der Pflicht gemäß Absatz 1 befreit ist, wenn er unter dieser Bedingung ausliefert.

Zu Artikel 9

Inhaltlich entspricht diese Vorschrift den Regelungen der Artikel 3 und 4 des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus. Hier wird sichergestellt, dass eine Auslieferung wegen der in Artikel 2 genannten Straftaten stattfinden kann, ohne Rücksicht darauf, ob ein Vertragsstaat die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrages abhängig macht oder nicht. Damit begründet diese Vorschrift eine eigenständige Verpflichtung zur Auslieferung unabhängig von dem Bestehen etwaiger bilateraler oder multilateraler diesbezüglicher Verpflichtungen.

Für diejenigen Vertragsstaaten, denen eine extraterritoriale Gerichtsbarkeit nicht bekannt ist, sieht Absatz 4 vor, dass für die Zwecke der Auslieferung die in Artikel 2 genannten Straftaten nötigenfalls so zu behandeln sind, als seien sie nicht nur an den Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in dem Hoheitsgebiet der Staaten begangen worden, die nach Artikel 6 Abs. 1 und 2 Gerichtsbarkeit begründet haben. Die Bundesrepublik Deutschland kennt die extraterritoriale Gerichtsbarkeit.

In Absatz 5 wird zusammenfassend dargelegt, dass die Bestimmung aller Auslieferungsverträge und anderer Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten hinsichtlich der in Artikel 2 genannten Straftaten als im Verhältnis zwischen den Vertragsstaaten geändert gelten, soweit sie mit dem vorliegenden Übereinkommen unvereinbar sind.

Die Vorschrift regelt damit das Verhältnis zwischen dem Übereinkommen und den zwischen den Vertragsparteien bestehenden zwei- oder mehrseitigen Verträgen. Letztere gelten als durch das Übereinkommen geändert, soweit sie mit diesem unvereinbar sind. Dies zielt beispielsweise auf die unter anderem in Artikel 3 Abs. 1 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens enthaltene Unzulässigkeit der Auslieferung bei politisch motivierten Taten ab.

Zu Artikel 10

Diese Vorschrift verpflichtet die Vertragsstaaten zur weitestgehenden Unterstützung im Zusammenhang mit den Ermittlungen sowie mit Strafgerichts- und Auslieferungsverfahren, welche in Bezug auf die in Artikel 2 genannten Straftaten eingeleitet werden. Dabei wird klargestellt, dass die Vertragsstaaten diese Verpflichtung im Einklang mit den zwischen ihnen bestehenden Verträgen oder sonstigen Übereinkünften über die gegenseitige Rechtshilfe erfüllen. Fehlen solche Verträge oder Übereinkünfte, haben sie einander Rechtshilfe nach ihrem innerstaatlichen Recht zu gewähren.

Zu Artikel 11

Die in Artikel 2 genannten Straftaten dürfen für die Zwecke der Auslieferung oder der Rechtshilfe nicht als politische Straftat, als eine mit einer politischen Straftat zusammenhängende oder als eine auf politischen Beweggründen beruhende Straftat angesehen werden. Ein Ersuchen um Auslieferung oder Rechtshilfe, welches auf einer Straftat nach Artikel 2 beruht, darf folglich nicht allein mit der Begründung zurückgewiesen werden, dass es sich um eine derart politische Straftat handele. Entsprechende Regelungen enthält auch schon das Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977 in den Artikeln 1 und 8 Abs. 1. Die in den

meisten mehr- und zweiseitigen Übereinkommen auf dem Gebiet der Rechtshilfe oder der Auslieferung vorgesehene Ausnahme politischer Taten führt häufig zu einer rechtlichen und tatsächlichen Besserstellung von Tätern, die politische Motive für sich in Anspruch nehmen. Denn eine Strafverfolgung im Aufenthaltsstaat ist regelmäßig bereits dadurch erschwert, wenn nicht sogar unmöglich, dass die erforderlichen Beweismittel dort nicht verfügbar sind. Da gerade im Bereich terroristischer Bombenanschläge die Geltendmachung politischer Motive nahe liegt, verhindert das Übereinkommen eine Privilegierung derartiger Täter durch diese Vorschrift.

Zu Artikel 12

Auch diese Bestimmung enthält Parallelen zum Europäischen Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus, hier Artikel 5 und 8 Abs. 2, und im Übrigen zu Artikel 3 Abs. 2 des Europäischen Auslieferungsübereinkommens vom 13. Dezember 1957. Denn hierin ist vorgesehen, dass dieses Übereinkommen nicht so auszulegen sei, als enthalte es eine Verpflichtung zur Auslieferung oder Rechtshilfe, wenn der ersuchte Vertragsstaat ernstliche Gründe für die Annahme hat, dass das Auslieferungsersuchen gestellt ist, um eine Person lediglich auf Grund ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ethischen Herkunft oder politischen Anschauung zu verfolgen oder zu bestrafen, oder dass die Lage dieser Person aus einem dieser Gründe erschwert werden könnte, wenn dem Ersuchen stattgegeben würde. Sie stellt damit klar, dass das traditionelle Recht auf Gewährung politischen Asyls durch das vorliegende Übereinkommen nicht tangiert wird.

Der Gefahr einer Umgehung der Auslieferungspflicht unter Berufung auf die dem Verfolgten zugesprochene Gefährdungslage im ersuchenden Staat wird durch die auch in diesem Fall bestehende Verpflichtung des ersuchten Staates begegnet, seinen Strafverfolgungsbehörden den Fall zum Zwecke der Strafverfolgung zuzuleiten (vgl. Artikel 6 Abs. 4 und Artikel 8 Abs. 1 des Übereinkommens).

Zu Artikel 13

Die vorübergehende Überstellung einer Person, die sich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates in Haft befindet, in einen anderen Vertragsstaat zum Zwecke einer Zeugenaussage, für eine Identifizierung oder eine andere Unterstützung bei der Beweiserhebung oder strafrechtlichen Verfolgung im Sinne dieses Übereinkommens wird unter die Bedingungen gestellt, dass

- die Person nach vorheriger Aufklärung einwilligt und
- die zuständigen Behörden beider Staaten ihre Zustimmung erteilen, wobei diese auch an Bedingungen geknüpft werden können.

Der Staat, dem die Person überstellt wird, hat die Befugnis und die Pflicht, die betreffende Person in Haft zu halten, sofern der andere Staat nichts anderes verlangt oder genehmigt. Des weiteren darf der Staat, dem die Person überstellt wird, den anderen Staat nicht um eine Auslieferung zwecks Rücküberstellung in Bezug auf diese Person ersuchen. Die Haftzeit, welche in dem Staat verbracht wurde, wird von dem Staat, in dem sie die Strafe zu verbüßen hat, angerechnet.

Absatz 3 dieser Vorschrift entspricht weitgehend Artikel 11 Abs. 1 i.V.m. Artikel 12 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959. Denn in ihm ist geregelt, dass die Person von dem Vertragsstaat, in den sie überstellt wird, grundsätzlich nicht wegen Handlungen oder Verurteilungen, die vor ihrer Ausreise aus dem Hoheitsgebiet des Staates, von dem sie überstellt wurde, erfolgten, im Hoheitsgebiet des Staates, in den sie überstellt wird, strafrechtlich verfolgt, in Haft gehalten oder einer anderen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden darf. Sie genießt damit grundsätzlich freies Geleit. Etwas anderes gilt jedoch, wenn der Vertragsstaat, von dem die Person überstellt wird, einer anderen Vorgehensweise zustimmt.

Zu Artikel 14

In dieser Vorschrift ist geregelt, dass eine Person, gegen welche Maßnahmen auf Grund dieses Übereinkommens ergriffen werden, gerecht zu behandeln ist. Sie hat insbesondere den Anspruch auf den Genuss aller Rechte und Garantien, welche nach dem Recht des Staates, in dessen Hoheitsgebiet sie sich befindet, und nach den anwendbaren völkerrechtlichen Bestimmungen, insbesondere den Menschenrechten, gewährt werden.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel beinhaltet die Verpflichtung der Vertragsstaaten, bei der Verhütung der in Artikel 2 genannten Straftaten zusammenzuarbeiten. Hiermit sind somit Präventivmaßnahmen zur Gefahrenabwehr angesprochen.

Dazu gehört insbesondere auch, dass die Vertragsstaaten alle durchführbaren Maßnahmen treffen, was gegebenenfalls auch eine Anpassung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften beinhaltet, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung von Straftaten nach diesem Übereinkommen innerhalb oder außerhalb ihres Hoheitsgebietes zu verhindern und diesen entgegenzuwirken.

Außerdem haben die Vertragsstaaten genaue, nachgeprüfte Informationen im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht auszutauschen und Verwaltungs- oder andere Maßnahmen miteinander abzustimmen, welche zur Verhinderung der in Artikel 2 genannten Straftaten getroffen werden.

Des weiteren ist in dieser Vorschrift eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Aufspürung von Sprengkörpern und anderen gefährlichen Stoffen vorgesehen.

Zu Artikel 16

In dieser Vorschrift ist vorgesehen, dass die Vertragsstaaten dem Generalsekretär der Vereinten Nationen das Ergebnis eines Verfahrens nach diesem Übereinkommen mitzuteilen haben. Der Generalsekretär unterrichtet dann die anderen Vertragsstaaten.

Dadurch sollen dem Generalsekretär und den Vertragsstaaten Information und Überblick über die Anwendung des Rechts in Bezug auf dieses Übereinkommen verschafft werden. Es ist nicht Gegenstand dieser Vorschrift, an die Vereinten Nationen personenbezogene Daten aus den relevanten Strafverfahren zu übermitteln.

Zu Artikel 17

Hier wird darauf hingewiesen, dass die Vertragsstaaten ihre Verpflichtung nach diesem Übereinkommen in einer Weise erfüllen, welche mit den Grundsätzen der souveränen Gleichheit und territorialen Unversehrtheit der Staaten wie mit jenen der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten vereinbar ist.

Zu Artikel 18

Dieser Artikel stellt klar, dass das gegenständliche Übereinkommen einen Vertragsstaat im Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates nicht zur Ausübung von Gerichtsbarkeit oder zur Wahrnehmung von Aufgaben berechtigt, welche nach innerstaatlichem Recht dieses anderen Vertragsstaates ausschließlich dessen Behörden vorbehalten sind.

Zu Artikel 19

In dieser Vorschrift wird zunächst darauf hingewiesen, dass das vorliegende Übereinkommen nicht die sonstigen Rechte, Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten, insbesondere jene, welche sich aus den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und dem humanitären Völkerrecht ergeben, berührt.

Darüber hinaus wird die Tätigkeit von Streitkräften während eines bewaffneten Konflikts sowie deren Tätigkeit in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten aus dem Anwendungsbereich dieses Übereinkommens herausgenommen, soweit sie von anderen Regeln des Völkerrechts erfasst sind. Dadurch wird das Unterfallen gewisser militärischer Aktionen unter die Bestimmungen dieses Übereinkommens verhindert. So wird insbesondere den Bedenken solcher Staaten Rechnung getragen, die, beispielsweise im Rahmen von UN-Mandaten, sich an militärischen Aktionen beteiligen, bei denen es auch zu einem Einsatz von Raketen oder anderen Sprengkörpern kommt, also zu einem Handeln, das sonst grundsätzlich den Tatbestand von Artikel 2 des Übereinkommens erfüllen würde.

Zu Artikel 20

In dieser Vorschrift ist ein Schiedsverfahren vorgesehen für den Fall, dass sich zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens in Streit befinden und diesen nicht innerhalb einer angemessenen Frist durch Verhandlung beilegen können. Für den Fall, dass sich die Parteien nicht binnen 6 Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung einigen können, kann jede der Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof vorlegen.

Zu den Artikeln 21 bis 24

Hierin enthalten sind allgemeine Schlussbestimmungen zum Übereinkommen überwiegend formeller Natur, wie zum Beispiel hinsichtlich der Dauer der Auslegung zur Unterzeichnung, des Zeitpunkts des Inkrafttretens, der Kündigungsmöglichkeit sowie der verbindlichen Sprachfassungen.

